

Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

70 Jahre Volksaufstand vom 17. Juni 1953

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war bis 1989 das bedeutendste Ereignis in der Geschichte von Opposition und Widerstand in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

Am 17. Juni 1953, bereits vier Jahre nach der Staatsgründung, haben die Menschen in der DDR gegen eine schwierige Versorgungslage und schlechte Arbeitsbedingungen, aber vor allem für ein freies Leben mit freien Wahlen demonstriert. Deshalb steht dieser Tag wie kein anderer für den jahrzehntelangen mutigen Kampf vieler Menschen in der DDR für Freiheit, Demokratie und die deutsche Einheit.

Die kommunistische Diktatur war von Beginn an bis zu ihrem Ende von Opposition und Widerstand begleitet. 1952 erreichte der Unmut erstmals breite Kreise der Bevölkerung. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte beschlossen, den „Sozialismus planmäßig aufzubauen“. Die Länder, Landtage und Landesregierungen wurden aufgelöst, 14 Bezirke errichtet und der zentralistische Einheitsstaat weiter ausgebaut. Es kam zu Enteignungen, nahezu alle Betriebe wurden in sogenanntes Volkseigentum überführt, die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft angemahnt. Die Vorbereitungen für eine ostdeutsche Armee rissen Löcher in den Staatshaushalt, die Waren des täglichen Bedarfs wurden noch knapper, für geringfügige Vergehen wurden hohe Zuchthausstrafen verhängt, zwei Millionen Menschen wurden die Lebensmittelkarten entzogen, der Kampf gegen die Kirchen wurde forciert und die vorgeschriebenen Arbeitsleistungen (Arbeitsnormen) wurden erhöht. Die verbreitete Unzufriedenheit führte zu hohen Fluchtzahlen.

Nach Josef Stalins Tod im März 1953 wurde auf Geheiß der sowjetischen Machthaber der Druck auf die ostdeutsche Bevölkerung zeitweise vermindert, doch es gelang dem SED-Regime nicht mehr, Wut und Enttäuschung der Menschen zu kanalisieren. Was bereits ab dem 12. Juni 1953 mit einzelnen Streiks, Protesten und Demonstrationen begann, wuchs sich am 17. Juni 1953 zu einem Volksaufstand aus, zu einer Massenerhebung, die neben dem Ostteil Berlins alle Großstädte und insgesamt über 700 Städte und Gemeinden in der gesamten DDR erfasste. Es waren etwa eine Million Menschen aktiv beteiligt.

Nur mit Hilfe der sowjetischen Streitkräfte gelang es dem SED-Regime, den Aufstand mit brutaler Gewalt niederzuschlagen. 55 Menschen fanden dabei den Tod. Es folgte eine Repressionswelle, die tausende Menschen oft für mehrere Jahre in Haft brachte. Im kommunistisch beherrschten Osten wurde der Volksaufstand totgeschwiegen oder als Werk von Faschisten oder Kapitalisten verunglimpft. Der Westen war angesichts der Ereignisse überrascht, bewertete diese aber unterschiedlich. Einerseits wurde der Tag zum Symbol für den unbändigen Willen und das Streben nach Freiheit der Bevölkerung in der DDR. Andererseits deckte der Tag die Fragilität der DDR und die Abhängigkeit des DDR-Regimes von Moskau auf. Als unmittelbare Reaktion auf die blu-

tig niedergeschlagenen Demonstrationen in den Bezirken, Städten und Gemeinden beschloss der Deutsche Bundestag im Juli 1953, den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ und gesetzlichen Feiertag in Erinnerung an die Opfer und deren Streben nach Freiheit und Einheit zu begehen. Dieser Feiertag wurde letztlich durch die Vollendung der deutschen Einheit im Jahr 1990 durch den 3. Oktober als nunmehr gesamtdeutscher Feiertag abgelöst.

Zwischen dem Volksaufstand 1953 und der friedlichen Revolution von 1989 gibt es viele Parallelen. Mutige Menschen gingen damals für Freiheitsrechte und Demokratie auf die Straße. Ihr beispielgebender Mut hat dazu beigetragen, dass wir heute in einem vereinten Deutschland leben können. Die Protestierenden von 1953 zählen zu den Wegbereiterinnen und Wegbereitern der Friedlichen Revolution von 1989.

Den mutigen Menschen, die am 17. Juni 1953 auf die Straße gingen und ihr Leben für die Freiheit aller riskierten und opferten, gebührt Ehre, Respekt und Anerkennung. Wir werden sie nicht vergessen.

II. Der Deutsche Bundestag

- begrüßt und unterstützt die wichtige Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur;
- würdigt die Arbeit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Joachim Gauck, Marianne Birthler und Roland Jahn und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stasi-Unterlagen-Archivs;
- begrüßt die Einsetzung der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag und würdigt die bisherige Arbeit von Evelyn Zupke;
- würdigt das jahrelange Eintreten und beharrliche Arbeiten, insbesondere der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft und ihrer Mitgliedsverbände für die Opfer.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur und der Geschichte von der Sowjetischen Besatzungszone und DDR von 1945 bis 1990 im Rahmen der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland fortzuführen und zu stärken;
2. sich weiter für die zeitnahe Umsetzung des Denkmals zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur in Deutschland einzusetzen;
3. die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zu einem Campus für Demokratie gemeinsam mit dem Land Berlin voranzutreiben;
4. das „Forum Opposition und Widerstand 1945–1990“ aufbauend auf der im Auftrag des Deutschen Bundestages erstellten Machbarkeitsstudie der Robert-Havemann-Gesellschaft zügig umzusetzen und in die Gedenkstättenkonzeption des Bundes einzubinden;
5. den zügigen und erfolgreichen Vollzug der Transformation des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv weiter zu unterstützen und erforderliche bauliche Maßnahmen voranzutreiben;
6. die Evaluation der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze zu nutzen, um bei der jetzt anstehenden Novellierung die Impulse der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag zu berücksichtigen;

7. die Förderung der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in Forschungseinrichtungen und Gedenkstätten mit der DDR und dem SED-Unrecht als wichtigen Teil der Aufarbeitung deutsch-deutscher Geschichte zu stärken;
8. den im Koalitionsvertrag zugesagten Härtefallfonds für SED-Opfer zeitnah einzurichten.

Berlin, den 13. Juni 2023

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion
Katharina Dröge, Britta Habelmann und Fraktion
Christian Dürr und Fraktion

